

# Mitteilung

## öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Ausschuss Soziales und Senioren	11.04.2013
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	22.04.2013

### **Antrag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zu "Nachbesetzung der Stelle Behindertenbeauftragte/r und Organisationsmodell Diversity Management"**

Bereits in der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 14.12.2012 hatte die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik die Verwaltung um Stellungnahme zum Sachstand „Nachbesetzung der Stelle Behindertenbeauftragte“ gebeten, da die jetzige Stelleninhaberin zum 30.06.2013 in Ruhestand gehen wird. In der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 21.02.2013 wurde die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik daraufhin erstmalig unterrichtet, dass die Verwaltung eine Umorganisation und Zusammenlegung der Bereiche Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern, Interkulturelles Referat, Referat für Lesben, Schwule und Transgender und das Büro der Behindertenbeauftragten in ein Organisationsmodell zum Diversity Management plant. Eine Aussage zur Nachbesetzung der Stelle Behindertenbeauftragte/r könne daher zurzeit noch nicht getroffen werden.

Daraufhin hat die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik folgenden Antrag einstimmig beschlossen:

„Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt folgenden Antrag an den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/ Vergabe / Internationales, den Ausschuss Soziales und Senioren und die Fraktionen im Rat:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik fordert, dass die Position der Behindertenbeauftragten ohne zeitliche Verzögerung nachbesetzt wird.

Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Umorganisation und Zusammenlegungen der Beauftragten-Stellen fordert die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, dass der Umfang des Büros der Behindertenbeauftragten und seine Funktion einschließlich der Stelle der Behindertenbeauftragten erhalten bleiben.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik soll so früh wie möglich über alle Planungen informiert und in die Diskussion einbezogen werden.“

Der Ausschuss Soziales und Senioren und der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/ Vergabe / Internationales werden daher um Kenntnisnahme gebeten.

Der komplette Auszug aus der Niederschrift der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik ist als Anlage dieser Mitteilung beigefügt.

Anlage

**Gez. Reker**